

JUNGE UNION BADEN-WÜRTTEMBERG

***„Ökologische
und
soziale
Marktwirtschaft“***

Beschluß

***27. Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg
13./14. Juli 1996
Eppingen***

Ökologische und soziale Marktwirtschaft

Einleitung

Auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg hat die CDU ein Grundsatzprogramm beschlossen, nach dem die soziale Marktwirtschaft zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden soll.

Leider ist die Umweltpolitik seither eher zum Stillstand gekommen. Eine Politik zur Ausgestaltung der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft ist derzeit bei der CDU nur partiell erkennbar. Die Junge Union Baden-Württemberg hält die Weiterentwicklung des Erfolgskonzeptes der sozialen Marktwirtschaft jedoch für eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre. Wir sehen dabei folgende Schwerpunkte:

Wir brauchen funktionierende deregulierte Märkte!

Funktionierende Märkte sind eine ideale Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. In unserer Volkswirtschaft sind aber heute noch zu viele Bereiche reguliert. Verordnungen, Gesetze, lange Genehmigungsverfahren und eine Staatsquote von über 50% hemmen Innovationen und Leistung.

Zur Sicherung unseres Wohlstandes müssen wir Besitzstände aufgeben!

Die Lobby-Politik der unzähligen Interessengruppen lähmt die Politik und macht unseren Staat reformunfähig. Reformen sind jetzt aber dringend notwendig für Wirtschaftswachstum und die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze.

Wir müssen den Faktor Arbeit verbilligen!

Die Kosten des Faktors Arbeit sind in Deutschland zu hoch. Wir müssen jetzt Konzepte entwickeln, die die Lohnzusatzkosten und damit die Lohnstückkosten senken ohne die Reallöhne zu kürzen. Trotzdem werden in Deutschland gefertigte Waren durch Lohnstückkostensenkungen allein nicht entscheidend konkurrenzfähig. Um tatsächlich ohne Reallohninbußen auszukommen, ist es vielmehr notwendig, daß in Deutschland gefertigte Waren durch ihre Qualität ihren hohen Preis rechtfertigen.

Wir müssen den Faktor Umwelt verteuern!

Der Verbrauch von Umwelt ist bisher weitgehend kostenlos. Wir müssen den Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten vorantreiben. Der Preis für den Verbrauch von Umwelt muß so weit steigen, bis er die wahren Kosten des Verbrauchs von Umwelt widerspiegelt. Der Verbrauch von Umwelt muß teurer werden, denn was teuer ist, wird vermieden und vom Markt verdrängt.

Wir müssen die aufgeblähte Verwaltung zu einem schlanken Staat abspecken!

Eine Staatsquote von über 50% ist deutlich zu hoch. Ineffizienz und Starrheit kennzeichnen Behörden. Wir brauchen jetzt innovative, effiziente und flexible Verwaltungsstrukturen, die Unternehmertum fördern und Deutschland wieder an die Spitze führen.

Wir müssen unser Steuerrecht leistungsfördernd umbauen!

Unser Steuersystem ist unüberschaubar und ungerecht. Wir brauchen ein Steuersystem, das Leistung nicht bestraft und das von den Bürgern verstanden werden kann. Nur Transparenz und Nachvollziehbarkeit kann den Glauben an die Steuergerechtigkeit nachhaltig stärken.

Wir müssen mehr Leistung bringen!

Wir müssen uns darüber bewußt sein, daß wir uns auf unseren Lorbeeren nicht ausruhen können. Wir müssen in Zukunft einsatzbereiter, innovativer, produktiver und kreativer werden, damit wir auf dem Weltmarkt bestehen können. Wir brauchen in unserer Gesellschaft eine neue Leistungsphilosophie. Leistung muß ausgezeichnet werden und sich für den Einzelnen auch lohnen.

Wir müssen den Sozialstaat umbauen!

Der Sozialstaat hat sich in den vergangenen Jahren zu sehr aufgebläht. Es kann nicht sein, daß jedes individuelle Risiko auf die Gemeinschaft abgewälzt wird. Wir brauchen deshalb mehr Eigenverantwortung des Einzelnen und wir müssen neue Systeme in den Sozialversicherungen schaffen, die an die veränderten technologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt sind.

I. Bewahrung der Schöpfung - die natürlichen Lebensgrundlagen sichern

Die Umweltpolitik ist in Deutschland im internationalen Vergleich schon recht weit entwickelt, dennoch wurde in der Vergangenheit zumeist nur Stückwerk betrieben.

These 1: Wir wollen eine Umweltpolitik, die nicht nur die Symptome, sondern auch die Ursachen bekämpft!

Anstatt an den Ursachen der Umweltverschmutzung anzusetzen, wurden in der Vergangenheit vor allem sogenannte „end-of-the-pipe“-Maßnahmen ergriffen, die nur an den Symptomen anknüpften. Beispielhaft dafür sind Abgasnormen und Emmissionsschutzgesetze. Mit solchen ordnungspolitischen Maßnahmen hat man bisher geglaubt, die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen. Umweltpolitik muß dagegen vorausschauend agieren und negativen Entwicklungen vorbeugen und nicht erst auf Probleme reagieren.

These 2: Wir müssen das Ordnungsrecht neu überdenken!

Die Ordnungspolitik hat ihre Grenzen erreicht. Sie ist zwar in vielen Bereichen notwendig, aber keine Allzweckwaffe. Zahlreiche Reglementierungen bringen mehr Hemmnisse für Innovation und Fortschritt mit sich, als daß ein Nutzen davon ausgeht. Deshalb müssen in Zukunft dort, wo das Ordnungsrecht vermieden werden kann, flexiblere Instrumente zum Einsatz kommen, wie z.B. Selbstverpflichtungen der Industrie. Nur dort, wo Selbstverpflichtungen nicht weit genug greifen, soll das Ordnungsrecht zukünftig noch Verwendung finden.

These 3: Umweltschutz darf nicht nur eine Frage des Idealismus sein!

Umweltschutz ist leider immer noch eine Frage des Idealismus. Wer freiwillig die Umwelt schützt, muß oft viele Unannehmlichkeiten hinnehmen. Der sorgsame Umgang mit Rohstoffen ist mühsam und wird deshalb nicht von allen praktiziert.

Solange es aber keine Anreize für den Bürger gibt, Umweltschutz zu praktizieren, wird sich in unserem Verhalten nichts wesentliches ändern.

These 4: Wir brauchen ein wirksames Anreizsystem, um eine Umweltpolitik im Rahmen einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft auszugestalten!

Umweltschutz muß sich für jeden einzelnen lohnen! Die bisherigen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, daß Umweltschutz sich nur selten lohnt, weil der Verbrauch von Umwelt weitgehend kostenlos ist.

Damit Umweltschutz sich lohnt, müssen die Preise für Umwelt so beeinflußt werden, daß die Kosten für den Verbrauch von Umwelt sich in den Preisen widerspiegeln.

These 5: Wir müssen konsequent das Verursacherprinzip anwenden!

"Wer einen Schaden verursacht, soll für die Behebung des Schadens auch aufkommen!" Eine Ausbeutung der Natur ohne für die Folgen verantwortlich zu sein, ist völlig unakzeptabel. Wird das Verursacherprinzip konsequent angewendet, wird sich der Verbrauch von Umwelt massiv verteuern, was zu einem deutlichen Wohlstandsverzicht führt. Umweltverbrauch zu verteuern und gleichzeitig

Konsum für alle erschwinglich zu halten ist ein Konfliktfeld. Unsere jetzige "Ex und hopp-Lebensweise", bei der wir für ein bißchen mehr Bequemlichkeit die Zerstörung der Umwelt in Kauf nehmen ist egoistisch und verantwortungslos. Deshalb brauchen wir auch den freiwilligen Verzicht auf solchen Wohlstand, der die Umwelt unverhältnismäßig belastet.

These 6: Wir müssen ökologisch kontraproduktive Regelungen abschaffen!

Dazu zählen die:

- Steuerbefreiung von Flugbenzin
- Subventionen für Kohle und Stahl
- Umwandlung der bisher verkehrsmittelabhängigen in eine verkehrsmittelunabhängige Kilometerpauschale bei der Einkommenssteuer

These 7: Wir müssen eine europaweite, aufkommensneutrale kombinierte CO₂-Energiesteuer einführen!

In kleinen Schritten muß zu Beginn die Primärenergie verteuert werden. Eine planbare Vorgabe soll dabei verhindern, daß durch Preisschocks Arbeitsplätze verloren gehen.

Es ist eine europaweite, aufkommensneutrale kombinierte CO₂-Energiesteuer anzustreben. Auf lange Sicht sind jedoch auch Zertifikat-Lösungen anzustreben, bei denen ein maximaler Verbrauch oder Verschmutzungsgrad festgelegt wird. Dieser ist langfristig zurückzuführen. Ebenso sind Lizenzen zu vergeben und sollen gehandelt werden.

These 8: Wir brauchen eine „Ökologische Union“ auf europäischer Ebene!

Wir fordern, die Harmonisierung der Steuersysteme auf europäischer Ebene unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Elemente energisch voranzutreiben. Im Rahmen der Diskussion von Maastricht II ist eine Ökologische Union zu verwirklichen.

Die derzeit in Europa jeweils strengsten Umweltstandards müssen zur EU-weiten Norm werden.

Deutschland darf sich in seinem Bemühen, unser erfolgreiches Modell der sozialen Marktwirtschaft mit einer starken ökologischen Komponente weiter zu verbessern, nicht am schwerfälligsten Mitglied der EU orientieren.

Die Strafen für Umweltsünder müssen verschärft werden, um die abschreckende Wirkung zu erhöhen. Dies erfordert auch die Einführung europaweiter Kontrollmechanismen. Zuständig für diese Mechanismen soll die europäische Umweltagentur in Kopenhagen sein.

These 9: Die Einführung einer europaweiten kombinierten CO₂-Energiesteuer muß noch vor dem Jahr 2000 durchgesetzt werden!

Wir fordern hinsichtlich der Einführung einer CO₂-Energiesteuer, diese auf die Industrie solange auszunehmen, bis genügend Länder auf europäischer Ebene zu einer "Geleitzugregelung" bereit sind.

Die Einführung einer kombinierten CO₂-Energiesteuer im nationalen Alleingang, bei der Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland drohen, ist ökonomisch kontraproduktiv und deshalb abzulehnen.

These 10: Wir fordern die Abschaffung der Kfz-Steuer und deren Umlage auf die Mineralölsteuer!

Der Verwaltungsaufwand für die KFZ-Steuer ist nicht vertretbar. Zudem ist es ökologisch sinnvoller, die variablen Kosten und nicht die fixen Kosten des Kraftfahrzeugs zu erhöhen.

Die Einnahmen aus der Mineralöl- und KFZ-Steuer sollen zweckgebunden für die Beseitigung der verkehrsbedingten Umweltschäden sowie zur Unterhaltung des vorhandenen Straßennetzes eingesetzt werden.

These 11: Wir wollen eine Kompensation durch eine Senkung der Einkommenssteuer und der Körperschaftssteuer!

Die Steuerbelastung der Industrie darf sich nicht weiter erhöhen, sondern muß sich in der Summe verringern. Eine ökologische Steuerreform darf die Gesamtbelastung unserer Unternehmen nicht erhöhen und muß deswegen aufkommensneutral ausgestaltet werden.

Wir erteilen damit den Plänen von Bündnis 90/Grüne und SPD eine Absage, mit den Einnahmen aus Öko-Steuern die Defizite der Sozialsysteme zu finanzieren.

Bestrebungen zur Senkung der Lohnnebenkosten sind dringend notwendig, sollen jedoch versicherungsfremde Leistungen mit versicherungsfremden Finanzierungen ausgeglichen werden, wird das Verursacherprinzip auf den Kopf gestellt. Wenn steigender Einnahmebedarf der Sozialtöpfe mit aus Lenkungsgründen sinkenden Einnahmen aus Ökosteuern finanziert werden, kann die Rechnung nicht aufgehen.

Die Transparenz der ohnehin schon riesigen Versicherungstöpfe wird noch geringer, Anreize zu Einsparmaßnahmen werden reduziert. Wir fordern stattdessen eine Kompensation der Energiesteuern über die Lohn- und Einkommenssteuer und die Körperschaftssteuer.

These 12: Eine komplette Umstellung des bisherigen Steuersystems auf Ökosteuern lehnen wir ab!

Damit der Staat die neue Einnahmequelle nicht übermäßig ausschöpft und das fiskalische Ziel der Einnahmenerzielung nicht in den Vordergrund rückt, darf der Anteil der Energiesteuer am Gesamtsteueraufkommen nicht dominant sein.

Die privaten Haushalte müssen in mindestens dem gleichen Maße entlastet werden, wie dadurch neue finanzielle Belastungen entstehen.

These 13: Wir brauchen eine Förderung von Biodiesel!

Bereits heute ist für normale Dieselfahrzeuge eine Betankung mit umweltfreundlichem Biodiesel bzw. Raps-Methyl-Esther (RME) ohne große Umrüstkosten möglich. Auch die Mischung von Diesel und RME ist unproblematisch.

Zur Erreichung eines 5-%igen Marktanteils von Biodiesel bis zum Jahr 2000 muß zum einen die Automobilindustrie zu einer allgemeinen Freigabe von Dieselfahrzeugen gebracht werden. Zum

anderen sind die Tankstellen im Zuge des für 1998 geplanten Verbotes von verbleitem Benzin zum Angebot von Biodiesel in den dadurch freiwerdenden Zapfsäulen zu verpflichten. Die Bundesregierung muß in einer breit angelegten Informationskampagne über die Chancen von Biodiesel aufklären.

These 14: Wir brauchen ein noch stärkeres Engagement deutscher Spitzenpolitiker für die Umwelt!

Unsere Spitzenpolitiker, insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl, müssen sich international noch stärker dafür einsetzen, daß Umweltfragen bei Gipfeltreffen, wie etwa dem Treffen der sieben größten Industrienationen (G 7), thematisiert werden. Der Umweltgipfel von Rio darf nicht zur „Alibi-Eintagsfliege“ werden.

II. Rahmenbedingungen für Unternehmertum und Wirtschaftswachstum

Gegen zu viele Subventionen und Regulierungen

Subventionen zur künstlichen Erhaltung sterbender Strukturen und staatliche Bevormundung durch wettbewerbsfeindliche Regulierungen lähmen unternehmerische Tätigkeit und blockieren die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

These 15: Das Ladenschlußgesetz verhindert neue Arbeitsplätze!

Starre Ladenschlußzeiten ermöglichen Erwerbstätigen in Deutschland nur halbsoviel Einkaufszeit wie in den USA. Durch eine deutliche Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes können laut Ifo-Gutachten 20.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir fordern daher die Ladenöffnungszeiten zwischen Montag 6.00 Uhr und Samstag 18.00 Uhr vollständig freizugeben.

These 16: Subventionen abschaffen, die Innovationen und Strukturwandel behindern!

Wir wollen den sofortigen Abbau des Subventionsvolumens aller öffentlicher Haushalte von derzeit über 220 Mrd. DM um jährlich mindestens zehn Prozent. Der Schwerpunkt muß in der sofortigen Abschaffung der Steinkohlesubventionen gesetzt werden. Auf dem Agrarsektor sind die ca. 300 vorhandenen Einzelmaßnahmen, die teilweise nicht aufeinander abgestimmt sind oder sich widersprechen soweit als möglich abzuschaffen und zu entrümpeln. Vor allem Agrarsubventionen, welche die Produktion von Nahrungsmitteln unterstützen, sind abzubauen, Ausgleichszahlungen, die ausdrücklich der Landschaftspflege und dem Umweltschutz dienen, sind zu erhalten.

Im Bereich der Landwirtschaft sind Subventionen, die die Produktion von Nahrungsmitteln unterstützen, auf Leistungen zu verlagern, die der Landschaftspflege und dem Umweltschutz dienen. Die ca. 300 vorhandenen Einzelmaßnahmen, die teilweise nicht aufeinander abgestimmt sind oder sich widersprechen, sind, soweit als möglich und mit diesem Ziel vereinbar, zu verringern.

These 17: Wir brauchen eine Reform von Gewerbeordnung!

Überflüssige Regulierungen in der Handwerksordnung erschweren Existenzgründungen und Wettbewerbsfähigkeit. Als Ziel sollten deshalb sämtliche Regulierungen auf weniger als die Hälfte der Vorschriften entrümpelt werden.

These 18: Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden!

Die überdurchschnittliche Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland sind in einem globalen Wirtschaftssystem, in dem der Faktor Zeit immer wichtiger wird, zu einem gravierenden Standortnachteil geworden. Zu diesem Zweck müssen die Gesetzesvorlagen schnellstens umgesetzt werden, nach denen Genehmigungen schrittweise und parallel zum Projektfortschritt erteilt, Einwendungen zeitlich stark befristet, die Zulässigkeit der Klagen begrenzt und die Prozeßinstanzen auf maximal zwei festgeschrieben werden.

These 19: Staatliche Märkte müssen liberalisiert werden!

Die bislang von staatlichen Unternehmen und Behörden kontrollierten Märkte für Bahn, Post, Telekommunikation und Energieversorgung, welche bisher höchstens in Teilen liberalisiert sind, müssen vollständig für private Anbieter - auch mittelständische Unternehmen und internationale Wettbewerber - geöffnet werden. Der Staat muß sich vollständig von diesen Märkten zurückziehen, er hat zukünftig im Interesse der Verbraucher nur die Festsetzung und Überwachung der Grundversorgung zu gewährleisten.

Für einen bürgerorientierten, schlanken Staat

Der Staat als die Summe öffentlicher Institutionen ist zu einem aufgeblähten Bereich unseres Gemeinwesens geworden. Von den 1,8 Millionen neugeschaffener Arbeitsplätze während der siebziger und achtziger Jahre sind alleine über eine Million im öffentlichen Sektor entstanden. In den alten Ländern wuchs die Zahl der öffentlich Bediensteten in den vergangenen 40 Jahren fünfmal schneller als die Bevölkerung. Behörden und Gesetze widersprechen einander immer häufiger zum Nachteil von Innovation, Wachstum und Zufriedenheit der Bürger. Genausowenig ist das Gebot der sparsamen Haushaltsführung länger Richtschnur öffentlichen Handelns. Um diesem Übermaß staatlicher Aktivität und Einengung privatwirtschaftlicher Dynamik, als auch der zu hohen Kostenbelastung von Bürgern und Unternehmen entgegenzuwirken, unterstützen wir das „Fitneß-Programm“ der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (vgl. Anhang) zur Umsetzung moderner und wirtschaftlicher Verfahren in der öffentlichen Verwaltung und ergänzen es um weitere Forderungen.

These 20: Wir haben zu viele Abgeordnete!

Der Umzug von Bonn nach Berlin ist eine gute Gelegenheit, die Zahl der Parlamentarier über 660 auf 500 zu reduzieren. Das reicht, um die Wähler im Parlament zu vertreten, würde die Parlamentsarbeit straffen und wäre billiger.

These 21: Wir haben zu viele Ministerien!

Ministerien müssen zusammengelegt werden. Eine moderne Regierung muß mit zehn Ministerien auskommen

These 22: Wir haben zu viele Hierarchien und zuviel Verwaltung!

In einzelnen Ministerien ist durch die Vermehrung beamteter Staatssekretäre eine neue Hierarchie-Ebene entstanden. Die Unterabteilungsleiter müssen abgeschafft werden. Insgesamt ist eine Abflachung der Hierarchien in allen öffentlichen Verwaltungen dringend erforderlich. Zusätzlich müssen Aufgaben, die heute in Ministerien wahrgenommen werden, ausgelagert werden. Die Ministerien müssen als „Holdingorganisation“ geführt werden, in der lediglich politisch-strategische Entscheidungen getroffen werden. Oberstes Prinzip staatlichen Handelns muß eine möglichst dezentrale Problemlösung sein.

These 23: Wir haben zu viele Bundesländer!

16 Landesparlamente, 16 Landesregierungen mit bis zu zwölf Ministerien und nachgeordneten Institutionen sind zuviel. Weniger Bundesländer reichen aus, diese Regionen effizient zu gestalten und sichern trotzdem die regionale Identitäten. So ist bis zum Jahr 2005 ein neuer Anlauf bei der Fusion Berlin-Brandenburg zu unternehmen, Fusionen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, zwischen Bremen und Niedersachsen, zwischen dem Saarland und Rheinland-Pfalz müssen schnellstens angegangen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte eine Verringerung der Anzahl der neuen Bundesländer ins Auge gefaßt werden.

These 24: Staatliche Aufgaben müssen konsequent privatisiert werden!

Aufgaben ohne hoheitlichen Charakter, vor allem Dienstleistungen, müssen konsequent privatisiert werden. Viele Leistungen sind billiger auf dem wettbewerbsintensiven privaten Markt einzukaufen. Zukünftig dürfen alle staatlichen Leistungen und zugehörigen Stellen erst dann erbracht bzw. genehmigt werden, wenn klar ersichtlich ist, daß Eigenleistung billiger als Fremdbezug ist. Fallen Aufgaben weg, oder werden sie an Private vergeben, so sind öffentliche Ämter aufzulösen.

These 25: Kundenorientierung muß zum Prinzip der Verwaltung werden!

Bürger und Unternehmen müssen in vielen Bereichen eine wahre Behördenrallye durchlaufen, um eine Genehmigung erhalten. Sie dürfen nicht länger als lästige Antragsteller behandelt, sondern müssen als Kunden verstanden werden. Leistungen, wie z. B. Genehmigungsverfahren, müssen durch kundenorientierte Organisationsstrukturen aktiv aus einer Hand gemanagt werden. Auf der Ebene der Landratsämter und der Großen Kreisstädte sollten Existenzgründungs-Service-Zentren als Anlaufstelle zur Beratung und Begleitung von Existenzgründungsinteressierten entstehen. Alternativ sollte auch an regionsweite Service-Zentren gedacht werden.

These 26: Wir wollen eine Reduzierung des Beamtenapparates!

Die öffentliche Verwaltung hat zu viel Personal. Die Personalstände von Bund, Länder und Gemeinden sind deshalb jährlich um einen festen Prozentsatz zu reduzieren. Es kommt selten zu

einem Personalaustausch zwischen Staat und Wirtschaft. Laufbahn- und Besoldungssysteme sind zu starr und damit leistungsfeindlich. Nichthoheitliche Aufgaben, die Beamte heute wahrnehmen, müssen zukünftig von Angestellten wahrgenommen werden. Stellen müssen sowohl auf Probe, als auch auf Zeit vergeben werden. Sowohl für Beamte, als auch für Angestellte muß ein leistungsabhängiges Bewertungsverfahren eingeführt werden, welches u.a. die Faktoren Schnelligkeit, Kunden-/Bürgerorientierung und Einsparungen bewertet. Die Verwaltungsreform von Bundesinnenminister Manfred Kanther ist in diesem Sinne nur Stückwerk und muß durch einen zukunftsfähigen Ansatz ersetzt werden.

These 27: Wir wollen eine Neuausrichtung der Pensionen durch Pensionskürzungen und Einrichtung von Pensionsfonds!

Um dem Anstieg der Pensionslasten vorzubeugen, dürfen sich zukünftig Beamtenpensionen nicht mehr an der letzten Besoldungsstufe, sondern müssen sich am durchschnittlichen Verdienst der Dienstzeit orientieren. Die 13. Pensionsvergütung ist ersatzlos zu streichen. Die zu leistenden Pensionsbezüge sind zukünftig aus einem Pensionsfond zu finanzieren, der von den zuständigen Körperschaften durch Verkauf von Beteiligungen und Liegenschaften geschaffen werden muß.

These 28: Die Verwaltung muß mit weniger Papier und moderner Technik arbeiten!

Schriftliche Verfahren, Akten und Vermerke erfordern viele Botengänge und verzögern die Verfahren und sind auf Sicht nahezu vollständig durch moderne, standardisierte Informations- und Kommunikationstechniken zu ersetzen, die einen Kommunikations- und Datenaustausch mit dem privaten PC-Besitzer ermöglichen. Dies erhöht deutlich die Schnelligkeit der Abwicklung und schafft größere Transparenz. Der Datenschutz muß hierbei allerdings beachtet werden. Ferner müssen auch die Lehrpläne in der Verwaltungsausbildung rechtzeitig hierauf vorbereitet werden.

These 29: Wir wollen eine Umstellung auf kaufmännische Rechnungsführung und die Abschaffung starrer Haushaltsansätze!

Viele Ämter und Behörden geben noch vorhandene Gelder zum Jahresende hektisch aus, damit in folgenden Jahr der Etat nicht gekürzt wird ("Dezemberfieber"). Deshalb muß staatliche Haushaltsführung über Budgets gesteuert werden, Budgetoptimierung und nicht Budgetmaximierung muß Leitlinie öffentlichen Haushalts sein. Gebietskörperschaften können solange nicht effizient wirtschaften, wie an der bisherigen kameralistischen Rechnungsführung mit ausschließlicher Einbeziehung von Einnahmen und Ausgaben festgehalten wird. Es muß auf das, in der Privatwirtschaft längst übliche, System der doppelten Buchführung ("Doppik") umgestellt werden, um Transparenz über Kosten und Leistungen öffentlicher Aufgaben zu erhalten. Laufende Kostenkontrolle muß durch ein prozeßorientiertes Kostenrechnungs- und Controllingsystem gesichert werden.

These 30: Wir brauchen Qualitätsmanagement für die Verwaltung!

Wie in der Wirtschaft müssen in Behörden Qualitätsanforderungen eingeführt werden. Auch staatliche Stellen und Verwaltungen müssen sich an der externen Überprüfung und Zertifizierung beteiligen. Nationale und internationale Normen und Standards (z. B. DIN ISO 9000ff.) müssen erfüllt werden.

These 31: Staatliche Vergünstigungen müssen abgeschafft werden!

Viele Vorteile für Staatsbedienstete, z.B. billiges Baugeld, sind nicht mehr zeitgemäß. Auch die Ministerialzulage von zwölf Prozent ist nicht mehr gerechtfertigt.

Für ein modernes Steuerrecht

These 32: Wir brauchen ein Steuerrecht, das für jedermann verständlich ist!

Unser Steuerrecht ist kompliziert und nicht überschaubar. Durch zahllose Schlupflöcher kann fast jede Steuer umgangen werden. Die effektiv gezahlten Steuern bewegen sich dadurch weit unter den eigentlichen Steuersätzen. Damit die Steuerlast nicht nur durch die „schlecht Informierten“ getragen wird, fordern wir eine radikale Steuervereinfachung.

These 33: Wir wollen ein leistungsförderndes Steuerrecht!

Wir fordern die Umsetzung eines steuerlichen Gesamtkonzeptes noch vor dem Jahr 1999 mit folgendem Inhalt:

- Eine Gesamtverringerung von Abgaben und Ausgaben.
- Eine Steuerreform, die die Steuersätze und Steuerarten reduziert, das System vereinfacht und eine breitere Bemessungsgrundlage umfaßt.
- Eine Verlagerung von direkten (wie z.B. der Einkommenssteuer) auf indirekte Steuern (wie z.B. der Mehrwertsteuer).
- Eine Einkommenssteuer mit einem Stufentarif (Uldall-Modell) mit den Steuersätzen 8%, 18% und 28%.
- Die Abschaffung von Freibeträgen und Abschreibungsmöglichkeiten. Hiervon ausgenommen sind Abschreibungen auf Investitionen, das Existenzminimum, die Kinderfreibeträge, steuerliche Förderungen für private Altersvorsorge und Anlagen in Risikokapital.
- Senkung der Körperschaftssteuer auf den einheitlichen Satz von 28%.

These 34: Wir wollen die Abschaffung von Substanzsteuern!

Dies beinhaltet die Abschaffung der Gewerbesteuer sowie der betrieblichen Vermögenssteuer und der Grundsteuer. Substanzbesteuerung gefährdet die Existenz von Unternehmen und ist ökonomisch kontraproduktiv.

These 35: Wir wollen weniger Doppelbesteuerung!

Doppelbesteuerung durch die Besteuerung von Substanz ist verteilungspolitisch sinnvoll, schmälert aber den Anreiz, Kapital zu bilden. Durch die Verringerung der Doppelbesteuerung kann Kapitalflucht ins Ausland so vermieden werden.

III. Umbau des Sozialstaates

Der Aufbau eines Sozialstaates ist eine große Errungenschaft der Bundesrepublik. Die vergangenen Jahre haben zu einer starken Aufblähung des Sozialstaates geführt. In Zukunft sind zahlreiche Reformen notwendig, damit die Sozialsysteme nicht kollabieren. Ein Drittel des Bruttosozialproduktes gehen mittlerweile in das soziale Netz. Eine weitere Ausdehnung vernichtet den Anreiz, Leistung zu erbringen

Althergebrachtes muß jetzt in Frage gestellt werden und neu bewertet werden. Wir müssen dabei in zwei Punkten einen Richtungswechsel einschlagen:

These 36: Wir brauchen dringend mehr Eigenverantwortlichkeit anstatt noch mehr sozialer Fürsorge!

Es wurden in den vergangenen Jahren zu viele individuelle Risiken auf die Gemeinschaft abgewälzt. Dies hat zur Folge, daß jeder versucht, „das Maximale“ aus der Solidargemeinschaft herauszuholen.

These 37: Die Sozialsysteme dürfen den Faktor Arbeit nicht zusätzlich verteuern!

Die Strukturen unseres Sozialsystems stammen aus dem 19. Jahrhundert und finanzieren sich über den Faktor Arbeit. Dies verteuert aber gleichzeitig die Arbeit und führt dazu, daß Arbeit wegrationalisiert wird. Der Faktor Arbeit wird so behandelt, als sei er ein knappes Gut. In Wirklichkeit ist Arbeit aber im Überfluß vorhanden. Wir müssen deshalb neue Beschäftigungspotentiale schaffen.

These 38: Statt Arbeit mit einer "künstlichen Steuer" zu verteuern, müssen wir in Zukunft die Sozialsysteme mehr über den Konsum finanzieren, da wir so den im Überfluß befindlichen Faktor Arbeit verbilligen und den knappen Faktor Umwelt verteuern können!

Wir müssen auch anerkennen, daß Leistung im und für den Staat nicht ausschließlich mit erwerbswirtschaftlicher Arbeit verknüpft ist. So werden die Leistungen innerhalb der Familie, insbesondere der Erziehung durch unsere Sozialsysteme, nicht ausreichend anerkannt.

Langfristige Sicherung der Rentenversicherung und des Generationenvertrages für alle Generationen

Die Junge Union Baden-Württemberg strebt die langfristige Sicherung des Generationenvertrages für alle Generationen an, da die sozialen Sicherungssysteme die wichtigste Säule unserer sozialen Marktwirtschaft sind. Der ihnen zugrundeliegende Konsens der Generationen darf weder von den Jungen noch von den Älteren einseitig aufgekündigt werden. Aber nur wenn auf veränderte Rahmenbedingungen frühzeitig und umfassend reagiert wird, können Lösungsvorschläge erarbeitet werden, die die Stabilität der Systeme auch für die Zukunft garantieren.

These 39: Wir wollen den Generationenvertrag erhalten und zukunftsfähig machen!

Die gesetzliche Rentenversicherung hat Vertrauen erworben. Gleichzeitig haben sich jedoch die Rahmenbedingungen, die Grundlage des Generationenvertrages waren, entscheidend verändert:

- Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich immer mehr in Richtung Zunahme der Älteren entwickelt, es werden weniger Kinder geboren und die durchschnittliche Lebenserwartung steigt beständig an. Diese Tendenz nimmt noch zu.
- Die Lebensarbeitszeit und damit Einzahlungszeit in die Rentenversicherung hat durch längere Ausbildung und frühere Verrentung abgenommen, erste Korrekturen sind eingeleitet, aber noch nicht ausreichend.
- Das Wirtschaftswachstum der Gründerjahre kann angesichts der Globalisierung und der gesteigerten Konkurrenz nicht mehr erreicht werden und damit auch nicht die starke Steigerung des Wohlstands, der auch entsprechende Rentensteigerungen ermöglichte. Die Belastungsfähigkeit einer exportorientierten Wirtschaft ist erreicht!

Ein kompletter Systemwechsel wäre angesichts der ungeheuren Summen, die in diesem Fall aufzubringen wären, nicht möglich, daher fordern wir eine umfassende Veränderung im Umlagesystem und eine Ergänzung durch weitere Komponenten.

These 40: Wir brauchen eine sozialverträgliche Absenkung des Rentenniveaus auf etwa 60%

Eine Konsolidierung der Rentenkasse kann nur unter Einbeziehung des Rentenbestands gelingen. Die Dynamisierung muß daher abgeschwächt werden, die Einführung einer demographischen Komponente reicht nicht aus. Wir kommen an einer stufenweisen Absenkung des Grundrentenniveaus auf ca. 60% nicht vorbei. Das Rentenabstandsgebot muß dabei gewahrt werden, denn die Alterssicherung muß die Altersarmut verhindern.

These 41: Versicherungsfremde Leistungen müssen über Steuern finanziert werden!

Die Rentenversicherung muß endlich strenger am Grundsatz der Beitragsäquivalenz ausgerichtet werden. Leistungen, die - sozialpolitisch gewünscht - den Rentenkassen übertragen worden sind, müssen deutlich abgetrennt werden und durch Steuern finanziert werden. Dazu zählen das Fremdrentengesetz, das Rentenvereinheitlichungsgesetz, das Wiedergutmachungsrentengesetz, die Auswirkungen der Vorruhestandsregelungen und die Anerkennung von Erziehungsleistungen.

These 42: Erziehungsleistung bedingt einen eigenen Rentenanspruch!

Kinder sind die humanitäre Säule des Generationenvertrags. Erziehungsleistungen werden bisher in der Rentenversicherung nur unzureichend anerkannt. Grundsatz der notwendigen Reform muß es sein, daß es keine weitere Benachteiligung von Frauen gibt. Die Aufgaben des Familienlastenausgleichs und der eigenständigen Alterssicherung von Frauen sind beide unabdingbar und dürfen nicht miteinander verrechnet werden!

These 43: Die Betriebliche Vorsorge muß ausgebaut werden!

Die zweite Säule der Rentenversicherung, die Betriebliche Altersvorsorge ist bei uns im Gegensatz zu vielen anderen Ländern stark rückläufig und wird der jüngeren Generation von ihren Arbeitgebern nur noch unter erheblich verschlechterten Bedingungen angeboten. Dabei spielt es eine erhebliche Rolle, daß in Deutschland v.a. die Bildung von Pensionsrückstellungen zwar steuerlich gefördert wird, die Unternehmen aber davor zurückschrecken, die hohen Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken einzugehen. Wir fordern daher auch andere Formen der betrieblichen Altersvorsorge, wie die Einrichtung von betriebsübergreifenden Pensionsfonds, und der Abschluß von Direktversicherungen, müssen steuerlich bessergestellt werden und politisch gefordert werden.

These 44: Die private Vorsorge muß zum dritten Standbein werden!

Im Kern einer Neuordnung der Altersversorgung steht die stärkere Eigenverantwortung. Die jüngere Generation muß die Chance erhalten, rechtzeitig mit dem Aufbau eines ausreichend leistungsfähigen Kapitalstocks zu beginnen. Dies soll überwiegend in individueller Verantwortung geschehen, denkbar wäre auch der Aufbau eines Kapitalstocks bei der Rentenversicherung in den nächsten 20 Jahren. Das dazu notwendige private Ansparen von Kapital muß bis zu einer bestimmten Höhe von der Steuer befreit werden. Anzustreben ist ein Modell, nachdem 50% der Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung zusätzlich steuerfrei in die private Vorsorge investiert werden könnte.

Kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme entgehen der demographischen Entwicklung durch eine individuelle Finanzierung der späteren Leistung weitgehend. Darauf muß bereits heute gegenüber der jüngeren Generation hingewiesen werden, um eine volkswirtschaftlich wünschenswerte Veränderung des Spar- und Konsumverhaltens zu erreichen.

These 45: Wir haben zu wenig Kostenbewußtsein und Kostentransparenz!

Kostenbewußtsein der Patienten ist aufgrund mangelnder Kostentransparenz kaum vorhanden. Wir wollen, daß in einem ersten Schritt über ein geändertes Abrechnungssystem dem Patienten transparent machen, welchen Preis seine bezogenen Leistungen haben. Die Rechnungen müssen zuerst dem Patienten zugestellt werden, der nach Abzug einer zumutbaren Selbstbeteiligung dann diese an seine Kasse weiterreicht.

These 46: Wir brauchen mehr Wettbewerb!

In einem weiteren Schritt muß die GKV so reformiert werden, daß sie zu einer echten Versicherung wird. Der Bürger muß die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen Leistungsangeboten der Krankenversicherungen mit individuellen Tarifen zu wählen. Internationale Studien zeigen, daß derjenige meist billiger versichert ist, der sich nach einem auf den eigenen Bedarf zugeschnittenen Plan versichert.

These 47: Der Staat muß sich aus vielen Bereichen zurückziehen!

Die Rolle des Staates muß zukünftig darin liegen, die Aufsicht über Gesundheits- und Krankenversicherungswesen zu führen. Dies darf sich aber nur auf die Leistungen der gesetzlichen Grundversorgung beziehen. Weiter ist die Bevölkerung zu einer Mindestversicherung zu verpflichten

und der Staat muß über Steuerleistungen für die Mindestbeiträge derjenigen aufkommen, die diese nicht aus eigenem Einkommen bestreiten können. Gleichzeitig lehnen wir die derzeitige Rechtslage ab, wonach freiberuflich niedergelassene Ärzte ihre Praxen nicht frei verkaufen und vererben dürfen. Eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens ist nötig, enteignungsgleiche Eingriffe in die wirtschaftliche Existenz aber völlig unverhältnismäßig.

These 48: Lohnfortzahlung fördert das Krankfeiern!

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall außer Betriebsunfall ist vom Gesetzgeber und den Tarifparteien so zu gestalten, daß in den ersten beiden Krankheitstagen keine Lohnfortzahlung stattfindet (Karenztage). In den nächsten beiden Wochen werden 70%, für alle weiteren Tage 100% der Grund- bzw. Tarifvergütung gezahlt. Individuelle Versicherungen, die nur vom Arbeitnehmer getragen werden, sollen es ermöglichen, bei zuvor vereinbarten Krankheiten (z.B. Risikokrankheiten, Sportunfälle usw.), die Differenz zur vereinbarten Vergütung auszugleichen.

These 49: Wir brauchen eine Neugestaltung der Pflegeversicherung!

Die Einführung einer allgemeinen Pflegeversicherung ist eine wichtige Konsequenz aus der drohenden Überalterung der Bevölkerung. Jedoch ist die Übernahme des umlagebasierten Finanzierungsmodelles aus unserer Sicht ein ordnungspolitischer Sündenfall. Mit der Einführung der zweiten Stufe hätte die Finanzierung auf das Kapitaldeckungsverfahren umgestellt werden müssen. Die Einführung der zweiten Stufe muß daher rückgängig gemacht werden und eine Systemveränderung hin zu einer Kapitaldeckungsfinanzierung vorgenommen werden.

Anhang

Zertifikate:

Theoretisch ist es möglich, den Verbrauch mit Zertifikaten zu lizenzieren. Das heißt, man setzt den maximalen Verbrauch von z.B. Wasser fest und vergibt Zertifikate zum Verbrauch von Wasser. Diese Zertifikate können untereinander gehandelt werden. Der Preis für den Verbrauch von Umwelt bildet sich durch Angebot und Nachfrage.

Vorteile:

- Zielorientierung: der Verbrauch von Umwelt wird durch eine Obergrenze begrenzt
- durch den Handel der Zertifikate entsteht eine marktwirtschaftliche Lösung, bei der der Staat keine Rolle spielt
- der Staat hat keine Einnahmen und Ausnahmen, es entstehen keine Verteilungskonflikte

Nachteile:

- Die festzulegende Obergrenze ist schwierig festzulegen
- Die Kontrolle der Einhaltung von Zertifikaten ist in vielen Bereichen kaum machbar
- Eine zu strenge Obergrenze kann eine Volkswirtschaft ähnlich wie eine zu strenge Geldpolitik abwürgen
- für den Verbrauch von Privathaushalten kaum durchführbar

Umweltsteuern/Umweltabgaben

Durch Umweltsteuern können die Preise künstlich angehoben werden, damit die Kosten für den Verbrauch von Umwelt gedeckt werden. Ziel ist es dabei, Anreize zu schaffen für umweltfreundliches Handeln.

Vorteile:

- leicht handzuhaben und zu kontrollieren
- Steuerbelastung für andere Steuern kann gesenkt werden
- sind sehr flexibel

Nachteile:

- Anteil des Staatshaushalt am Bruttosozialprodukt steigt.
- Die Höhe des Steuersatzes ist schwer zu rechtfertigen
- Das Steueraufkommen kann fehlgeleitet werden